Nach 57 Jahren für den Machtwechsel

Grünen-Landtagschef Winfried Kretschmann weilte in der Neckargemünder Stadtkasse

Grünen-Chef Winfried Kretschmann, die Bürgermeister Horst Althoff, Holger Karl und Jörg Albrecht und Charlotte Schneidewind-Hartnagel (v.l.). Foto: Alex

Neckargemünd. (nah) Angst vorm Amt des Ministerpräsidenten hat Winfried Kretschmann, Chef der Landtags-Grünen, nicht. Er ist keiner, der an Zäunen rüttelt, sondern hält sich da lieber an einen Satz von Erwin Teufel: „Das Amt muss zum Mann kommen." Ob es denn am 27. März bei der Landtagswahl zu ihm kommt, bestimme aber nicht er, sondern der Souverän, das Volk, sagte Kretschmann beim Gespräch mit Bürgern in der alten Stadtkasse. Gemeinsam mit der Grünen-Landtagskandidatin Charlotte Schneidewind-Hartnagel sprach er über die Eckpfeiler grüner Landespolitik unter dem Motto „Begrüntes Land, was ändert sich" und machte deutlich, dass die Grünen nach 57 Jahren CDU-Landesregierung den Machtwechsel anstreben.

Landtags-Wahl

Drei Bürgermeister sind ebenfalls unter den Zuhörern zu finden. Bürgermeister Horst Althoff möchte von Winfried Kretschmann wissen, wie es mit einer Beteiligung der Grünen an einer Regierung mit der Städtebauförderung weitergehe. Kretschmann nannte die Stichworte Wertschöpfung und Energieeffizienz. Programme in diesem Sinne und unter Berücksichtigung des Wärmegesetzes werde es sicher weiter geben. Was mit Sicherheit gestrichen werde, sei die Verteilung nach dem Gießkannenprinzip.

Eine Auflösung von Förderschulen, auch hier hakte Althoff nach, zugunsten der Inklusion werde es nicht geben. Winfried Kretschmann wollte die Entscheidung, welcher Weg in der Beschulung von Kindern mit sonderpädagogischen Förderbedarf beschritten wird, den Eltern überlassen und war sicher, dass es beide Wege geben werde. Grüne Bildungspolitik orientiere sich an der Persönlichkeitsentwicklung durch individuelle Förderung, den Bildungserfolg wolle man von der Herkunft entkoppeln – dies sei eine zentrale Frage sozialer Gerechtigkeit. Über das Bild der künftigen Gesellschaft werde entschieden, ob junge Menschen einen Zugang zur Bildung haben.

Die angefragte Verwaltungsreform sei für ihn direkt nach einem Regierungswechsel kein Thema, sondern eher Aufgabe in einer zweiten Amtsperiode. Die Abschaffung der Regierungspräsidien und eine Verwaltungsvereinfachung hielt er für den langfristig richtigen Weg.

Der Zuzug in die Städte, das Ausbluten des ländlichen Raumes und die demographische Entwicklung mit Rückgang der Kinderzahlen stellten Politik vor Herausforderungen: Handwerk und Mittelstand spielen beim Umstieg auf erneuerbare Energien eine große Rolle.

Die Gemeinschaftsschule könnte Schulen auch in kleinen Gemeinden erhalten. Die Grünen wollen den Anteil der Windkraft an der Stromerzeugung in Baden-Württemberg von jetzt 0,7 auf 10 Prozent erhöhen.